Ressort: Politik

FDP: Bundesregierung darf Brexit-Verschiebung nicht billigen

Berlin, 16.03.2019, 01:18 Uhr

GDN - FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki hat die Bundesregierung aufgefordert, einer Brexit-Verschiebung auf keinen Fall zustimmen. "Der Austrittstermin 29. März muss eingehalten werden, um zu verhindern, dass die Europäische Union durch ungültige Europawahlen ins Chaos stürzt", sagte Kubicki der "Neuen Osnabrücker Zeitung".

Die Vorstellung der britischen Premierministerin Theresa May, dass das austrittswillige Großbritannien noch einmal an der Europawahl teilnimmt, nannte der Bundestagsvizepräsident "absurd". Es sei die freie Entscheidung der Briten gewesen, innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus der EU auszutreten. "Sollten sie nun hiervon Abstand nehmen, bleibt es ihnen unbenommen, bis zum 29. März ihre Austrittserklärung einseitig zurückzunehmen", meinte der Liberale. Die EU und die Bundesregierung dürften sich von britischen Machtspielen keinesfalls abhängig machen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-121687/fdp-bundesregierung-darf-brexit-verschiebung-nicht-billigen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619